

**Unverkäufliche Leseprobe**



**Johannes Plagemann und Henrik Maihack**  
**Wir sind nicht alle**

Der globale Süden und die Ignoranz des Westens

2023. 249 S., mit 5 Karten

ISBN 978-3-406-80725-1

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/35518160>

**C·H·Beck**

**PAPERBACK**



Johannes Plagemann

Henrik Maihack

# **Wir sind nicht alle**

Der Globale Süden und die Ignoranz  
des Westens

C.H.Beck

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2023

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses  
Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

[www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)

Umschlaggestaltung: [geviert.com](http://geviert.com), Nastassja Abel

Umschlagabbildung: shutterstock

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Pustet, Regensburg

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 80725 1



klimateutral produziert

[www.chbeck.de/nachhaltig](http://www.chbeck.de/nachhaltig)

# Inhalt

## Einleitung:

Wir sind nicht alle ..... 7

## 1. Kapitel: Triumph der Wenigen

Warum man im Globalen Süden ein anderes  
Geschichtsverständnis hat als im Westen ..... 29

## 2. Kapitel: Freie Partnerwahl

Wie sich kleine und große Staaten im Globalen Süden  
Alternativen zum Westen zunutze machen ..... 83

## 3. Kapitel: Falsche Lösungen

Warum man im Globalen Süden den Westen für viele  
Krisen verantwortlich macht ..... 135

## 4. Kapitel: Regeln statt Bestimmer

Wie internationale Organisationen auf den Wandel  
der Weltpolitik reagieren ..... 175

## Schlusskapitel: Wir sind nicht alle ...

und das ist auch gut so ..... 211

Dank ..... 227

Anmerkungen ..... 229

Karten ..... 245



## **Einleitung:**

### **Wir sind nicht alle**

März 2022 in Namibia: Auf eine Hotelterrasse mit Blick über das beschauliche Windhoek scheint die Sonne. Und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wirkt sehr weit weg. Dabei wurde hier die Krisenpolitik des Westens gerade scharf kritisiert. Bei Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der namibischen Regierungspartei und der Zivilgesellschaft sollte es eigentlich nur am Rande um die Bedrohung der internationalen Ordnung durch ein imperialistisches Russland gehen. An diesem Vormittag knapp 10 000 Kilometer von Berlin entfernt waren die Gemeinsamkeiten aber kleiner als erhofft. Kurz zuvor hatte sich Namibia in einer Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Krieg in der Ukraine enthalten – entgegen den auch in Windhoek sehr explizit vorgebrachten Wünschen westlicher diplomatischer Vertretungen. Diese hatten unter den namibischen Gesprächspartnerinnen und -partnern für Irritation gesorgt. Für sie lag auf der Hand, dass sie wichtigere Probleme hatten als den Krieg zwischen zwei Staaten im fernen Europa. Sorgen machten ihnen vor allem die Folgen der Russland-Sanktionen für Afrika. Zumal die Sowjetunion historisch an der Seite der damaligen Befreiungsbewegung und heutigen Regierungspartei SWAPO gestanden habe. Man wolle die guten Kontakte zu Russland, aber auch zu China, nicht gefährden. Der für Namibia so wichtige Tourismus lag infolge der Corona-Pandemie und europäischer Flugeinschränkungen noch immer am Boden. Dafür, dass man mit exzellenter Forschung die Omikron-



Variante im Nachbarland Südafrika gefunden habe, sei man bestraft worden. Es gebe immer noch zu wenig Impfstoffe in Namibia, und die Patente für die Herstellung lägen bei Pharmaunternehmen im Westen. All das zeige doch, wie wenig Solidarität Europa während der Corona-Pandemie für Afrika übrighatte. Warum in aller Welt erwarte der Westen also jetzt namibische Solidarität gegenüber Russland? Das Gespräch wurde zunehmend unangenehm. Also wechselte man das Thema. Nun ging es um den eigentlichen Anlass, das umstrittene Versöhnungsabkommen zwischen der deutschen Bundesregierung und Namibia. In dem Abkommen erkennt Deutschland die Ermordung von zehntausenden Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie des Deutschen Reiches als Genozid an. Dringender denn je seien damit verbundene Zahlungen, so die Teilnehmenden aus Namibia. Eigentlich wenig überraschend: Die Übernahme der Verantwortung für den von deutschen Imperialisten verübten Genozid stand höher auf der namibischen Agenda als die Verurteilung des russischen Imperialismus.

Zurück in Berlin wenige Wochen später ein ähnliches Bild: Ein Tischgespräch zwischen deutschen Gastgebern und einer Delegation aus dem südlichen Afrika wird laut. Ein hochrangiger afrikanischer Diplomat haut sogar auf den Tisch. Als einer der Autoren dieses Buches während der Vorspeise den russischen Angriffskrieg anspricht, antworten die Delegationsteilnehmenden aus dem südlichen Afrika mit dem Verweis auf die Nahrungsmittelinflation in Afrika infolge des Krieges und die dadurch verschärften Schuldenkrisen afrikanischer Staaten. Sie sprechen von der ebenso völkerrechtswidrigen Invasion des Iraks 2003. Und erneut kommen die Themen Impfstoff-Protektionismus und Flugeinschränkungen nach Entdeckung der Omikron-Variante in Südafrika auf. Der Botschafter eines afrikanischen Landes bezeichnet die deutschen Erwartungen mit Blick auf das Abstim-

mungsverhalten afrikanischer Staaten in den Vereinten Nationen als «arrogant». Dass der Westen Krisen von der globalen Finanzkrise bis zur Klimakrise erst auslöst und dann den Globalen Süden mit den Folgen allein lässt, war für die afrikanischen Gäste offensichtlich. Die westliche Doppelmoral einer selektiven Anwendung des Völkerrechts war für sie nicht erst seit dem Angriffskrieg gegen den Irak eine Gewissheit. Und Belehrungen des Westens in Bezug auf Demokratie klingen im südlichen Afrika angesichts der vom Rechtspopulismus bedrängten Staatswesen in Europa und den USA ebenfalls immer hohler. Entsprechend distanziert reagierte man, als die deutschen Gastgeber am Tisch vehement auf die Ursache der aktuellen Krise – einen imperialistischen Krieg durch Russland – verwiesen. Das Tischgespräch wurde immer hitziger, auch wenn man unter Freunden sprach. Eine vorsichtige Einigung gab es erst zum Dessert. Bei allen Differenzen hätten doch Europa und Afrika ein gemeinsames Interesse an einem fairen Multilateralismus, der globale Krisen lösen kann, indem er alle miteinbezieht. Aber wer sind eigentlich alle? Denn um nichts weniger ging es ja bei diesen Gesprächen. Wessen Sicht auf die Welt zählte mehr, die des Westens oder die der Länder des Globalen Südens?

### Wer oder was ist der Globale Süden?

Natürlich ist die schematische Trennung zwischen Westen und Globalem Süden eine brutale Verallgemeinerung.<sup>1</sup> Sie ist widersprüchlich und übersieht die Zwischentöne. Oft lassen sich Staaten gar nicht so genau zuordnen. Das gilt auch für den Westen, dessen Eingrenzung uns leichter fällt als die des Globalen Südens. Ist das NATO-Mitglied Türkei noch Teil des Westens oder des Globalen Südens? Brasiliens rechtspopulistischer Präsident Jair Bolsonaro, der 2022 abgewählt wurde, hat mehr gemein mit

dem ebenfalls abgewählten Donald Trump als mit dem südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa. Andersherum waren Trumps Sympathien für Autokraten des Globalen Südens ebenso wenig zu übersehen wie seine Abneigung gegenüber westlichen Politikerinnen wie der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Kein Wunder, dass seine Präsidentschaft von einem medialen Abgesang auf den Westen begleitet worden ist. Und was ist mit den reichen Pazifikstaaten Australien und Neuseeland? Beide liegen geografisch im Süden, haben aber politisch mehr mit Kanada gemeinsam als mit Papua Neu-Guinea oder den Philippinen. Die Staaten Zentralasiens wiederum liegen nicht auf der Südhalbkugel, werden aber auch nicht als Teil des Westens wahrgenommen. Japan und Südkorea werden dem Westen schon eher zugerechnet, wenn auch noch nicht so lange. Auch Deutschland hat sich übrigens lange mit der Selbstverortung als «westlich» schwergetan. Die Westbindung erfolgte erst nach 1949 und war noch lange danach umstritten.

Edward Said, einer der Begründer der Theorie des Postkolonialismus, beschrieb den Westen als die Gruppe von Ländern, für die die Abgrenzung zum «Orient» identitätsstiftend sei. Indem sich der Westen vom Osten absetze, werte er die eigene Identität auf. Im Zentrum des Westens steht für Said der Imperialismus. Ersetzen die Begriffe «Westen» und «Globaler Süden» daher womöglich die lange überkommen geglaubte Dichotomie von «Abendland» und «Morgenland», die Said wortmächtig kritisierte?<sup>2</sup> Wir verstehen den Westen in diesem Buch so wie ihn viele im Globalen Süden sehen: als die Gruppe industrialisierter Staaten, die ihren Reichtum maßgeblich durch Sklavenhandel, Kolonialismus, Imperialismus und die Ausbeutung fossiler Rohstoffe vorfinanziert haben. Versklavte Afrikanerinnen und Afrikaner produzierten die Baumwolle, die in Europas Fabriken verarbeitet wurde. Das befeuerte die Industrialisierung und den

Imperialismus, was wiederum die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas erforderte, deren Nutzung die Klimakrise hervorgerufen hat. So gewann der Westen die geopolitische und wirtschaftliche Dominanz der vergangenen drei Jahrhunderte. Das «Wir» im Titel dieses Buch meint also alle, für die diese Dominanz lange selbstverständlich war und vielleicht immer noch ist. Immer wenn in diesem Buch von «wir» zu lesen ist, geht es um alle – uns Autoren eingeschlossen –, die von den vom Westen angeeigneten historischen und aktuellen Privilegien profitiert haben. Und für die eine multipolare Welt eine neue und oft unbequeme Erfahrung ist. Der Westen, wie er in diesem Buch verstanden wird, vereint also vor allem die reichen Industriestaaten des globalen Nordens.

Für den Globalen Süden hingegen gibt es (noch) keine allgemein akzeptierte Definition. Ob der Begriff hilfreich ist, ist umstritten. Das liegt nicht zuletzt daran, dass der Globale Süden viel diverser ist als die westlichen Industriestaaten, die sich beispielsweise in der G7 versammeln. Die Unterschiede zwischen Ländern wie Indien und dem Senegal sind größer als ihre Gemeinsamkeiten. Aber beide waren (auch) als Vertretung des Globalen Südens zum G7 Gipfel 2022 in Elmau eingeladen. Eine Definition des Globalen Südens wird also immer Widerspruch ernten. Wir benutzen den Begriff dennoch, weil er auf wichtige Bruchlinien im Verständnis internationaler Politik hinweist und weil er in Ländern des Globalen Südens selbst und mit emanzipatorischem Anspruch verwendet wird, von Regierungsvertreterinnen und -vertretern genauso wie in der Zivilgesellschaft und Politikwissenschaft.

Sicher ist, dass der Globale Süden mehr ist als Geografie. Seine Begriffsgeschichte hat mit der Gründung der Bewegung Blockfreier Staaten in Bandung 1955 zu tun. In Dokumenten der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung

taucht der Begriff bereits 1968 auf. Darin kritisieren Delegierte aus Lateinamerika die Ungleichheit zwischen der «nördlichen und südlichen Hemisphäre» und betonen den Beitrag des Südens zum Reichtum des Nordens.<sup>3</sup> 1977 wird die Nord-Süd-Kommission unter der Leitung von Willy Brandt gegründet. Personen aus Politik und Wissenschaft im Westen und im Globalen Süden machen Reformvorschläge für die Weltwirtschaft. Und in den letzten zwei Jahrzehnten beziehen sich immer mehr Autorinnen und Autoren in Wissenschaft und Medien auf den Globalen Süden.<sup>4</sup>

Zum Beispiel versteht der Politikwissenschaftler Adekeye Adebajo den Globalen Süden als historische Einheit, die alle Länder umfasst, die gemeinsam für die Dekolonialisierung vor allem in Afrika und Asien kämpften.<sup>5</sup> Aber auch in Lateinamerika wird der Begriff des Globalen Südens verwendet, um geteilte Herausforderungen zu betonen. Die bewusste Abkehr von Bezeichnungen wie «Dritte Welt» oder «Entwicklungsländer» markiert, dass man nicht mehr als «zu entwickelnde» Länder verstanden werden will. Stattdessen sehen sich die Staaten und Gesellschaften im Globalen Süden zurecht als gleichberechtigte Partner mit Gestaltungsanspruch. Um einer Definition des Globalen Südens näher zu kommen, kann man also alle Länder Asiens, Afrikas, des Mittleren Ostens und Lateinamerikas dazuzählen, die sich selbst nicht als Teil des Westens verstehen und historische Marginalisierungserfahrungen durch den Westen teilen. Auch ein immer mächtiger werdendes China gehört daher eigentlich dazu. Schließlich bezieht sich die chinesische Propaganda innen- und außenpolitisch habituell auf vergangene Erniedrigungen durch den Westen. Andererseits hat China dank seiner Wirtschaftskraft und politischen Durchsetzungsstärke eine Ausnahmeposition inne. Nicht zum Globalen Süden gehören aber Russland, andere Staaten Osteuropas, Neuseeland und Australien. Ebenso wenig dazu gehören die ostasiatischen Industriestaaten mit einem mit

Europa vergleichbaren oder höheren Wohlstandsniveau wie Südkorea und Japan. Letzteres ist selbst eine ehemalige Kolonialmacht.

Viele Länder des Globalen Südens teilen eine historische und zunehmende Skepsis gegenüber den Empfehlungen des Westens. Eine vom Westen dominierte Welt wird nicht als Verheißung, sondern als tendenziell ungerecht angesehen. Das soll nicht heißen, dass der Westen einem geeinten Block gegenüberstünde. Der Begriff des Globalen Südens hilft aber zu erkennen, dass der Westen mit einer Mehrheit von Staaten konfrontiert ist, die nicht mehr bereit sind, die in Washington, Paris und London erdachten Prinzipien und Rezepte der internationalen Politik mitzutragen. Wirtschaftlich, politisch, ökologisch und kulturell. Die Mehrzahl dieser Staaten war selbst lange Kolonie. Oder sie waren – wie Äthiopien und Thailand – umgeben von Kolonien, die ihren Handlungsspielraum einschränkten. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Spanien, Russland, Japan und alle anderen Kolonialmächte sind in diesen Staaten keine Unbekannten.

Ein besseres Verständnis der Gemeinsamkeiten des Globalen Südens ist notwendig, kann aber das Wissen über ihre Unterschiede nicht ersetzen. Länder des Globalen Südens verbindet beispielsweise keinesfalls, dass in ihren Gesellschaften der Westen und die von ihm zumindest rhetorisch hochgehaltenen politischen Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte grundsätzlich abgelehnt werden. Indien spielte eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948. Knapp 70 Prozent aller Menschen in Afrika halten Demokratie laut Umfragen des afrikanischen Afrobarometer-Netzwerks für die beste Regierungsform. Die Agenda 2063 der Afrikanischen Union, in der fast alle afrikanischen Regierungen vertreten sind, beschreibt «eine universelle



Kultur der guten Regierungsführung, der demokratischen Werte, der Gleichstellung der Geschlechter und der Achtung der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und der Rechtsstaatlichkeit» als Ziel. Suspendiert aus der Afrikanischen Union werden daher Länder, in denen Militärputsche stattfinden, wie zuletzt Mali, Burkina Faso und Guinea. Demokratie und Menschenrechte sind prominente Ziele der Zivilgesellschaften in Asien, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Afrika.

Gleichzeitig werden politische Rechte in der Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union auch ohne Militärregierungen weiterhin stark eingeschränkt. In Indien bedroht der rechtspopulistische Premierminister Narendra Modi die Demokratie. Indische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler berichten mit Schrecken von Selbstzensur, der Einschränkung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit und offenen Drohungen gegen unliebsame Intellektuelle. China perfektioniert die politische Kontrolle der eigenen Bevölkerung mittels digitaler Überwachung. Weder im Iran oder Syrien noch in Venezuela oder Kuba ist eine politische Öffnung erkennbar. Der Globale Süden ist also voll von Widersprüchen. Darum muss besser differenziert werden. Zwischen einzelnen Ländern des Globalen Südens, zwischen Regierungsinteressen und ihren Gesellschaften; zwischen Akteuren, die von einer engen Beziehung mit dem Westen profitieren, und denen, die das nicht tun. Das heißt auch, dass eine Welt, in der Regierungen von Ländern des Globalen Südens mehr Gewicht haben, nicht automatisch eine gerechtere sein wird. Mehr internationale Mitsprache für die amtierenden Regierungen Ugandas oder Malaysias würde wahrscheinlich zu einer faireren globalen Handels- oder Klimapolitik führen. Angesichts drakonischer Anti-LGBTQI-Gesetzgebungen in diesen Ländern wäre sie aber auch ein bedrohliches Signal für sexuelle Minderheiten weltweit. Es ist also kompliziert.

Eines steht aber fest: Die Bedeutung sogenannter Süd-Süd Beziehungen hat für Länder des Globalen Südens in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen. Politisch, wirtschaftlich und kulturell wird die langwährende (und häufig überschätzte) westliche Dominanz herausgefordert. Die Staaten des Globalen Südens sind nicht in erster Linie ideologisch «blockfrei» aufgrund eines gemeinsamen Forderungskatalogs oder sogar einer gemeinsamen Identität, auch wenn das weiterhin bei einigen der Fall sein mag. Sie sind heute vor allem pragmatisch blockfrei, weil durch Blockfreiheit außenpolitische Optionen zunehmen. Optionen schaffen Autonomie, reduzieren Abhängigkeiten und erhöhen Resilienz.<sup>6</sup> Genau diese fehlende Resilienz fällt uns in Deutschland angesichts unserer bisherigen Abhängigkeit von russischer Energie, chinesischem Exportmarkt und US-amerikanischen Sicherheitsgarantien seit dem Februar 2022 auf die Füße.

### Warum 2022 keine Zeitenwende im Globalen Süden ist

Mit einem weniger eurozentrischen Blick wird deutlich, dass für den Globalen Süden die Welt seit dem Februar 2022 nicht «aus den Fugen» geraten ist, wie es eine Floskel der deutschen Außenpolitik gerne behauptet. Dabei fällt es den allermeisten Staaten in Lateinamerika, Afrika, dem Mittleren Osten und Asien nicht schwer anzuerkennen, dass es sich bei der russischen Invasion um einen Völkerrechtsbruch handelt. Zum ersten Jahrestag des russischen Angriffs am 23. Februar 2023 stimmten nicht weniger als 141 Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen dafür, dass Russland seine Truppen umgehend und vollumfänglich aus der Ukraine zurückziehen müsse. Im Jahr zuvor hatte der kenianische UN-Botschafter Martin Kimani in einer viel beachteten Rede vor der Generalversammlung die Haltung



vieler ehemals kolonisierter Staaten mit Blick auf die russische Invasion auf den Punkt gebracht:

«Hätten wir bei der Unabhängigkeit entschieden, Staaten auf der Grundlage ethnischer, rassischer oder religiöser Homogenität zu gründen, würden wir viele Jahrzehnte später immer noch blutige Kriege führen. (...) Wir glauben, dass alle Staaten, die aus zusammengebrochenen und zurückgewichenen Imperien entstehen, viele Völker in sich tragen, die sich nach Integration mit Völkern in Nachbarstaaten sehnen. Das ist normal und verständlich. Denn wer will nicht mit seinen Brüdern vereint werden und mit ihnen gemeinsame Ziele verwirklichen? Doch Kenia lehnt es ab, eine solche Sehnsucht mit Gewalt zu verfolgen. Wir müssen unsere Heilung von der Asche toter Imperien in einer Weise abschließen, die uns nicht in neue Formen von Herrschaft und Unterdrückung zurückwirft.»<sup>7</sup>

Kenia stimmte in den Vereinten Nationen für die Resolution zur Verurteilung des russischen Angriffskriegs, wie viele andere Länder des Globalen Südens. Dennoch, bevölkerungsreiche und geopolitisch besonders relevante Staaten wie China, Indien oder Südafrika enthielten sich. Die Hälfte der 35 Enthaltungen kam aus afrikanischen Staaten. Viele davon sind langjährige Partner der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik. Weder Kenia noch sonst ein afrikanischer Staat hat bislang Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt, wie es die USA und Europa getan haben. Auch beteiligen sich nur die Hälfte der G20 Staaten an den Sanktionen. Insgesamt leben zwei Drittel der Weltbevölkerung in Ländern, die sich entweder neutral oder Russlandfreundlich zum Krieg in der Ukraine geäußert haben.<sup>8</sup> Auch in Asien unterstützt jenseits von Südkorea, Japan, Neuseeland, Australien und Singapur niemand die Sanktionen. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Mittleren Osten und in Lateinamerika. Selbst enge

Verbündete der USA wie Mexiko verweigern sich Sanktionen. Der frisch gewählte Präsident Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva (genannt Lula), sieht eine Mitschuld der NATO. Indien hat den Import russischen Öls seit Inkrafttreten der Sanktionen vervielfacht. Saudi-Arabien kooperiert mit Russland, um den Ölpreis zu stützen.

Die unterschiedlichen Reaktionen vieler Länder des Globalen Südens erklären sich besser, wenn man die mittelbaren Folgen der Invasion in den Vordergrund rückt. Sie beteiligen sich nicht an den Sanktionen, weil für die meisten Länder der Welt andere Krisen wesentlich bedrohlicher sind als ein Landkrieg in Europa. Die Invasion ist aber sehr wohl eine Krise, deren schnelles Ende sie sich wünschen, weil sie bestehende Krisen anheizt. Tatsächlich tragen in vielerlei Hinsicht vor allem die Länder des Globalen Südens die Kosten der westlichen Sanktionen gegenüber Russland. Die Teuerung von Lebensmitteln, Dünger und Treibstoffimporten trifft viele Gesellschaften im Globalen Süden härter als Nordamerika oder Europa. 44 Prozent des in Afrika importierten Getreides kommt aus Russland oder der Ukraine. Die Armut ist ebenso wie die Anzahl von Protesten gestiegen. Wenn man infolge des russischen Angriffskriegs auf den Märkten Karachis oder Accras für Lebensmittel das Doppelte zahlt, weil Getreide-, Energie- und Düngerpreise massiv gestiegen sind, ist das für Menschen und Regierungen dort ein dringenderes Problem als die Sicherheitsarchitektur Europas. Das weiß man mittlerweile auch im Westen. Initiativen der G7 und der Vereinten Nationen versuchten gegenzusteuern. Steigende Preise führten dennoch zu Nahrungsmittelknappheit. Und die Ukraine ist natürlich nicht der einzige Fall von Krieg und Vertreibung. Äthiopien und Eritrea haben im Zuge der Kämpfe im äthiopischen Bundesstaat Tigray mehr Soldaten mobilisiert als die Ukraine und Russland.<sup>9</sup> In den Jahren 2022 und 2023 sind die meisten Todesopfer durch

Krieg und Vertreibung in Äthiopien zu beklagen, wo laut Schätzungen der Universität Gent seit 2020 mindestens 600 000 Menschen ums Leben kamen.<sup>10</sup>

Derweil steigen die Ausgaben für Waffenlieferungen an die Ukraine. Deren Verbreitung wird in Ländern des Globalen Südens gefürchtet. Da passt ins Bild, was ein Teilnehmer aus dem Südsudan am Rande einer Konferenz in Nairobi im September 2022 äußerte. Er wies darauf hin, dass nun auch Europa eine weniger friedliche Realität erreiche, wie man sie am Horn von Afrika schon lange kenne. Und übrigens solle man sich in Europa dafür einsetzen, dass die Waffen, mit denen heute in der Ukraine gekämpft werde, nicht demnächst am Horn von Afrika verkauft würden, so seine eindringliche Bitte. Man versuche nämlich weiterhin, die Bürgerkriege zu beenden, die nach wie vor mit den Waffen aus der ehemaligen Sowjetunion ausgefochten werden. Waffen also, die bis Februar 2022 in Europa nicht mehr gebraucht wurden, jetzt aber im Rekordtempo neu produziert werden.

Hinzu kommen Konjunkturpakete zur Stützung westlicher Volkswirtschaften zunächst während der Pandemie, dann im Zuge der russischen Aggression. Das hat Folgen für die Budgets für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit mit dem Globalen Süden. Was zunächst Befürchtung war, ist inzwischen eingetreten. Nach der Invasion hat die internationale Gemeinschaft den von den Vereinten Nationen identifizierten humanitären Bedarf für die Ukraine zu 80 Prozent zugesagt. Der Gebertopf für die humanitären Notlagen im Jemen war hingegen nur zu knapp 30 Prozent und der für den Sudan mit nur 20 Prozent gefüllt.<sup>11</sup> War im Koalitionsvertrag der deutschen Ampel-Regierung noch von einem gleichmäßigen Aufwuchs von Ausgaben für Verteidigung und Entwicklung die Rede, ist eine solche Parallelität seit der Zeitenwende, dem Sondervermögen für die Bundeswehr unwahrscheinlicher geworden. Auch in der ersten

nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik ist hiervon keine Rede mehr. Andere handeln ähnlich. Im Dezember 2022 lud US-Präsident Biden zu einem großen USA-Afrika-Gipfel nach Washington ein. Die USA seien «zurück in Afrika». Er unterstrich diese Ankündigung mit einem 55 Milliarden US-Dollar schweren Wirtschaftspaket. Nicht ohne darauf zu verweisen, dass die USA Afrika mehr zu bieten hätten als ihre geopolitischen Rivalen aus China und Russland. 55 Milliarden Dollar sind viel Geld. Aber eben auch nur ungefähr die Hälfte der Summe, die die USA der Ukraine im selben Jahr an Waffenlieferungen und Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen.<sup>12</sup> Für einen Kontinent mit 54 Ländern und geschätzten 1,4 Milliarden Menschen. Aus dieser Perspektive gefährdet die westliche Krisenpolitik zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit die Erfolge bei der Armutsbekämpfung im Globalen Süden. Denn schon die westliche Corona-Politik mit ihren Reisebeschränkungen und dem Horten von Impfstoffen hatte massive wirtschaftliche Folgen, die wir im Westen weitgehend übersehen haben. Oder erst dann wahrnahmen, als China und Russland die eigenen Impfstoffe längst freigiebig verteilten und sich damit viele Freunde schufen. Da nützte es wenig, darauf hinzuweisen, dass beide Krisen ihren Ursprung jenseits des Westens hatten. Nicht die Krisen selbst, sondern die westlichen Reaktionen darauf, so sehen es viele im Globalen Süden, seien das Problem. So wird verständlich, warum einer Umfrage in Tansania zufolge eine große Mehrheit der Befragten Russlands Invasion zwar als ungerechtfertigte Aggression verurteilt, aber nur eine kleine Minderheit die Entscheidung der tansanischen Regierung, sich in den Vereinten Nationen zu enthalten, für falsch hält.<sup>13</sup>

Die Skepsis gegenüber der westlichen Politik geht tief und sie ist historisch geprägt.<sup>14</sup> Wie glaubhaft ist der Verweis auf den Völkerrechtsbruch in der Ukraine, wenn er von denen kommt, die

2003 völkerrechtswidrig in den Irak einmarschiert sind? Wie erklärt man westliche Waffenlieferungen an das autokratische Saudi-Arabien – übrigens nur eine von insgesamt 35 Autokratien die derzeit US-Waffenlieferungen erhalten –, das im Jemen eine der größten humanitären Katastrophen weltweit mitverursacht?<sup>15</sup> Warum betreffen uns die Opfer des Angriffskrieges in Europa mehr als die vor Krieg und Hunger Fliehenden in Äthiopien? Warum werden afrikanische oder asiatische Flüchtlinge an den Grenzen der EU abgewiesen oder ertrinken im Mittelmeer, während ukrainische Flüchtlinge aufgenommen werden? Diese als rassistisch wahrgenommene Abweisung dominierte zu Beginn der russischen Invasion in die Ukraine die Nachrichten in vielen Ländern des Globalen Südens. Und all das sind Fragen, die wir uns im Westen selbst stellen müssten. Stattdessen werden sie nun zunehmend ungeduldig aus dem Globalen Süden vorgebracht.

### Warum ein besseres Verständnis des Globalen Südens gerade jetzt wichtig ist

Im Globalen Süden hat man eine andere Wahrnehmung des Krieges in Europa im Besonderen – und der internationalen Politik im Allgemeinen. Wir im Westen sind tief verunsichert, weil wir glaubten, dass in Europa Landkriege und Imperialismus der Vergangenheit angehörten. Inzwischen hat der russische Angriff auf die Ukraine lange Zeit unumstößliche Grundsätze der deutschen Außenpolitik umgeworfen. Deutschland liefert Waffen in ein Kriegsgebiet. Und die Bundesregierung fordert andere dazu auf, das Gleiche zu tun. Vor allem musste ein in Deutschland besonders bequemes Bild Russlands weichen. Weil es nicht mehr aufrechtzuhalten war angesichts der Grausamkeiten der russischen Kriegsführung und weil der russische Präsident Vladimir Putin jede Hoffnung auf Annäherung verhindert. Und überall

begegnet man dem Begriff der «Zeitenwende». In Deutschland wird Außen- und Sicherheitspolitik prominenter diskutiert als vielleicht je zuvor. In Podcasts, Zeitungen und Talk-Runden vertieft man sich in rüstungs- und geopolitische Fachfragen. Es wird neu nachgedacht über den Wert von Bündnisloyalität und was diese konkret von uns verlangt. Dazu hat eine neue Generation von außen- und sicherheitspolitischen Kommentatorinnen und Kommentatoren aus Wissenschaft und Think Tanks beigetragen. Eine Zeitenwende also – für uns, aber eben nicht für alle. Es ist keine Zeitenwende für die, die globale Krisen lange schon ganz konkret und generationenübergreifend erfahren.

Das ist der Auslöser für dieses Buch. In Deutschland und Europa herrscht bei vielen Unverständnis und Überraschung darüber, dass so viele Staaten den russischen Angriff auf die Ukraine nicht sofort, geschlossen und eindeutig verurteilten. Mittlerweile ist deutlich geworden, dass viele Staaten des Globalen Südens die Beziehungen zu Russland auch weiterhin nicht kaputt werden. Überrascht ist man im Westen aber nur, weil man hier lange übersehen hat, dass der Epochenbruch längst da war. Der kurze «unipolare Moment», in dem der Westen über globale Regeln und Konflikte fast im Alleingang entscheiden konnte, ist endgültig vorbei. Auch wenn die USA weiterhin das mit Abstand schlagkräftigste Militär der Welt unterhalten, sich die besten Fußballspieler der Welt in europäischen Ligen gegenüberstehen und uns die Treffen der G7-Staaten wichtiger erscheinen als die der BRICS-Staaten. Der eigentliche Epochenbruch ist ein seit Jahren fortschreitender Prozess von einer unipolaren hin zu einer komplexeren multipolaren Welt. Die Reaktionen auf die russische Invasion außerhalb des Westens zeigen uns diese multipolare Welt mit neuen Allianzen und außenpolitischen Optionen. Diesen Epochenbruch nicht anzuerkennen ist ein außenpolitisches Risiko.



Schon der Begriff Multipolarität verunsichert uns im Westen nachhaltig. Er bezeichnet eine Welt mit verschiedenen Zentren auch jenseits des Westens. Je nach Interessen und außenpolitischen Angeboten entstehen neue und ungewohnte Konstellationen. Selbst die USA und China können die meisten ihrer Interessen in dieser Welt alleine nicht durchsetzen. Der Westen ist für viele im Globalen Süden weiterhin attraktiv. Aber er sieht sich zunehmend im Wettbewerb mit anderen. Deutschland, Europa und die USA haben inzwischen immer seltener das beste Angebot für eine vertiefte Partnerschaft mit den Staaten des Globalen Südens. Gleichzeitig stoßen die lange Zeit vom Westen dominierten internationalen Organisationen von den Vereinten Nationen zur Welthandelsorganisation an ihre Grenzen. Ihnen gelingt es immer weniger, Einigkeit herzustellen, innerhalb des Westens ebenso wie mit den aufstrebenden Staaten des Globalen Südens. Offenbar beinhaltet die viel beschworene «regelbasierte internationale Ordnung» Regeln, die nicht alle teilen und durchsetzen wollen. Vielleicht auch, weil sich nicht alle gleichermaßen als Urheber dieser Regeln sehen.

Im Globalen Süden kennt man diese multipolare Welt schon längst und findet sich relativ gut darin zurecht. Mehr noch, vielerorts ist Multipolarität ein emanzipatorisches Versprechen. Der Versuch der Wiederbelebung einer bipolaren Welt, mit Autokratien wie Russland oder China auf der einen und einem westlich geführten, demokratischen Lager auf der anderen Seite, findet auch deswegen im Globalen Süden keine Abnehmer. Man will sich dort nicht vorschreiben lassen, wen man sich zum Feind macht. Und man kann sich einseitige Abhängigkeiten nicht leisten. «Freundschaft zu allen, Bosheit zu niemand», so beschrieb der Staatsgründer Bangladeschs, Sheikh Mujibur Rahman, vor mehr als einem halben Jahrhundert die außenpolitische Philosophie seines Landes. Diese Maxime ist heute sinnbildlich für die

Außenpolitik vieler Länder des Globalen Südens, auf die wir uns in diesem Buch konzentrieren. Aufzuzeigen, warum das so ist, warum die westliche Verwunderung im Kontext des russischen Angriffs auf die Ukraine angesichts dieser aufziehenden Multipolarität irritierend ist, und warum sie für tiefer gehende Missverständnisse zwischen uns im Westen und den Gesellschaften des Globalen Südens steht, ist ein Ziel dieses Buches.

Ein besseres Verständnis der Unterschiede in der Wahrnehmung der internationalen Politik zwischen dem Globalen Süden und dem Westen wird drängender, je mehr der Westen an seiner einstigen Dominanz verliert. Die Menschheitsaufgabe der Klimakrise kann in einer multipolaren Welt nicht durch den Westen allein gelöst werden. Neue politische Allianzen zwischen globalem Norden und Süden werden notwendig, um globale Krisen zu lösen. Zumal eine multipolare Welt zumindest das Potenzial für eine gleichberechtigtere und damit demokratischere internationale Ordnung bietet. Die ist auch im langfristigen Interesse der deutschen und europäischen Außenpolitik. Wir müssen den Blick der Länder des Globalen Südens auf die internationale Politik besser verstehen, denn es lohnt sich. Dort, wo wir bislang vor allem Risiken sehen, warten eigentlich Chancen.

Doch wer kann, soll und darf diese Divergenz zwischen dem Westen und dem Globalen Süden erklären? Wir wollen es zumindest versuchen. Wir, das sind zwei Autoren, die sich seit dem Studium intensiv mit einzelnen Staaten im Globalen Süden und deren Außenpolitiken befassen, dort lebten und arbeiteten und immer versucht haben zu beschreiben und einzuordnen. Manchmal gemeinsam, wie in Mosambik, Indien oder in Bangladesch. Aber meistens getrennt. Und so ist dieses Buch das Ergebnis unserer politikwissenschaftlichen Forschung, aber vor allem unserer Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, politisch Engagierten und befreundeten Menschen aus Ländern des Globa-



len Südens. In Büros, Konferenzen, Think Tanks, Amtsstuben, Botschaften, Fabriken, Cafés, Bars und Wohngemeinschaften. In Maputo, Dhaka, Pretoria, Neu-Delhi, Kalkutta, Brasilia, Juba, Kampala, Kigali, Nairobi, Seoul, Windhoek. Dennoch, dieses Buch wurde an Schreibtischen in Hamburg und Berlin geschrieben. Und unser Nachdenken fand statt vor dem Hintergrund der größten Neuorientierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges. Das heißt: Wir bilden uns nicht ein, für den Globalen Süden zu sprechen. Stattdessen sprechen wir mit Akteurinnen und Akteuren im oder aus dem Globalen Süden und wir wollen diese Gespräche fruchtbar machen. Wir hoffen, damit die eine oder andere Perspektive vorwegzunehmen, die uns heute noch neu, bald aber schon normal vorkommen wird.

Als Kinder der 1990er Jahre sind wir aufgewachsen mit den Versprechen US-amerikanischer Soft Power, der Globalisierung und den – zumal damals an deutschen Universitäten – optimistischen Diskussionen über globale Gerechtigkeit, Weltinnenpolitik und Kosmopolitisierung. Dieser Optimismus erlitt ab Anfang der 2000er Jahre Brüche. Immer unübersehbarer wurde, dass viele Menschen im Globalen Süden, aber auch in Europa nicht gerecht an den Gewinnen der Globalisierung beteiligt waren. Und der Westen brach das Völkerrecht. Als die USA mit einer Koalition der Willigen 2003 in den Irak einmarschierten, demonstrierten wir auf denselben Straßen, auf denen wir fast auf den Tag genau 19 Jahre später gegen den russischen Angriffskrieg protestierten.

So prägen uns die Erfahrungen, die wir als weiße, männliche und in vielerlei Hinsicht auch darüber hinaus privilegierte Europäer gemacht haben. Das hat natürlich Folgen. Nur ein Beispiel von vielen: Als junger Wissenschaftler führte einer der Autoren dieses Buches 2009 Interviews mit lokalen Regierungsvertretun-

gen in der mosambikanischen Provinz Sofala. Die Gespräche fanden auf Portugiesisch statt, der Amtssprache Mosambiks, die für die Mehrheit der Mosambikaner Fremd- und Kolonialsprache ist. Trotz aller Versuche, den politischen Kontext zu erfassen, waren schon die Fragen bestimmt durch ein Erkenntnisinteresse, das an einer deutschen Universität vorformuliert worden war. Die Antworten waren von der Erfahrung der Interviewten geprägt, dass der Westen die Herausforderungen eines Landes wie Mosambik oft verkennt. Ein weiteres Beispiel: Immer wieder besuchte einer der Autoren gemeinsam mit eng vertrauten bangladeschischen Gewerkschafterinnen zwischen 2013 und 2016 Textil- und Lederfabriken in Dhaka. Fast immer traf er auf Misstrauen. Denn ein weißer Mann in einer Textilfabrik im Globalen Süden ist üblicherweise ein Auftraggeber oder der Inspekteur einer großen westlichen Modemarke, die zu oft mitverantwortlich für schlechte Arbeitsbedingungen sind. Die genauen Herausforderungen der Belegschaft konnte man höchstens erahnen.

Kaum jemals wird man also als unvoreingenommen wahrgenommen, und vieles, was wichtig wäre, bleibt unausgesprochen. Die eigene Rolle verändert Gesprächssituationen im Globalen Süden. Auch dann, wenn man lange vor Ort lebt, dort Freundschaften und Arbeitskontakte jahrelang pflegt und aktiv nach unterschiedlichen Perspektiven sucht. Aus gutem Grund: Deutschsprechende, weiße Männer kauften Sklaven, verübten Genozide, raubten Kunst und verbreiteten unheilbare Krankheiten im Globalen Süden. Wir Europäerinnen und Europäer verkörpern diese Geschichte dort weiterhin. Sie prägt bis heute die Diskurse. Dennoch glauben wir, dass die Übersetzung aus diesen Diskursen im Globalen Süden für unsere Debatten in Deutschland und Europa wichtig ist. Vielleicht braucht es sie sogar mehr denn je angesichts der Klimakrise, geopolitischer Spannungen, globaler Seuchen und der Vertiefung von Ungleichheit mit all ihren politi-

schen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen. Aber auch weil wir im Umgang mit den Realitäten der internationalen Politik von heute vom Globalen Süden lernen können. So wollen wir unseren Beitrag verstanden wissen – als Versuch einer Übersetzung von Diskussionen die wir in unserer Arbeit mit Aktivistinnen und Aktivisten, Politik, Diplomatie und Wissenschaft im und aus dem Globalen Süden führen. Dazu gehören Globalisierungsverlierende ebenso wie diejenigen, die vom Wachstum und politischen Aufstieg des Globalen Südens in den vergangenen Jahren profitiert haben. Und die vielen Menschen dazwischen.

Eine solche Übersetzung kann die Lektüre und den Austausch mit Stimmen aus dem Globalen Süden natürlich nicht ersetzen. Lesen Sie Nanjala Nyabola, Pankaj Mishra, Adom Getachew, Ahmed Rashid, Amartya Sen und die vielen anderen Autorinnen und Autoren, die in jüngster Zeit – wenn auch zögerlich – ins Deutsche übersetzt wurden. Sie haben Ihnen mehr zu sagen als wir. Aber vielleicht kann eine Übersetzung durch Zusammenfassung und kritische Einordnung in laufende außenpolitische Debatten in Deutschland und Europa dennoch einen Beitrag leisten. Schließlich teilen wir mit vielen Ländern des Globalen Südens die Sorge um eine geteilte Zukunft, nicht nur die der internationalen Ordnung. Nicht zuletzt das verdeutlichen wir im Rest des Buches.

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)